

Vorträge der Senatskanzlei

für die Sitzung des Senats am 2. April 2019

Beschlüsse des Senats zu den Beschlüssen der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 26. bis 28. März 2019

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 26. bis 28. März 2019 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 26. März 2019

(Schreiben der Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 27. März 2019)

Nr. 19/617 S

Kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses in der Überseestadt ergreifen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 23. Juli 2018
(Drucksache [19/821 S](#))

Der Antrag ist vom Antragssteller zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/618 S

Kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses in der Überseestadt ergreifen!

Bericht der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft
vom 5. Dezember 2018
(Drucksache [19/885 S](#))

Dieser Bericht ist erledigt durch den zurückgezogenen Antrag mit der Drucksachen-Nr. 19/821 S.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/619 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Wie viele Flächen hat Bremen noch? Entwicklung des öffentlichen Flächenbestands in der Stadtgemeinde Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 19. Februar 2019
(Drucksache [19/926 S](#))

2. Entwicklung und Zustand der offenen Jugendarbeit in der Stadt Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 26. Februar 2019
(Drucksache [19/929 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/620 S

Fragestunde

1. Zukunft der Uni-Sportstätten

Anfrage der Abgeordneten Peter Zenner, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 20. Februar 2019

2. Wie steht es um das Vegesacker Bad?

Anfrage der Abgeordneten Detlef Scharf, Marco Lübke, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 22. Februar 2019

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

3. Dauerbaustelle Steubenstraße?

Anfrage der Abgeordnete Marco Lübke, Heiko Strohmann, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 26. Februar 2019

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

4. Finanzielle Unterstützung des Projektes „KlangTräume“ des kek Kindermuseum für Bremen e. V.

Anfrage der Abgeordneten Dr. Matthias Güldner, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. Februar 2019

5. Müllproblem am Stadtwerder?

Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 27. Februar 2019

6. Verkaufsabsichten der Vonovia in Lüssum

Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 28. Februar 2019

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

7. Was wird aus dem Könecke- und Coca-Cola-Gelände?

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 28. Februar 2019

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

8. Bezirkssportanlage Schevemoor

Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 14. März 2019

9. Wie hoch ist der Bearbeitungsrückstau bei der Beantragung von „Hilfen zur Pflege“?

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. März 2019

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/621 S

Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt auf Antrag der Abgeordneten Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

"Den Druck erhöhen – Unterhaltsvorschuss eintreiben".

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/622 S

Zukunft des Neustädter Hafens aktiv gestalten

Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Januar 2019
(Drucksache [19/899 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/623 S

Bericht über den Erwerb der BREBAU GmbH sowie Verkauf von GEWOBA-Aktien

Mitteilung des Senats vom 19. März 2019
(Drucksache [19/943 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/624 S

Alleinerziehende stärker unterstützen – Kita-Aufnahmekriterien ergänzen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 6. Dezember 2018
(Drucksache [19/887 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/625 S

Alleinerziehende stärker unterstützen II – Betreuung zu Tagesrandzeiten ausweiten

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 6. Dezember 2018
(Drucksache [19/888 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/626 S

Fernwärmeleitung: Alternative Trassen umfassend prüfen!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 29. Januar 2019
(Drucksache [19/912 S](#))

1. Die Stadtbürgerschaft hält es für geboten, dass die swb AG sämtliche von ihr geprüften Trassenvarianten und deren Prüfkriterien umfänglich und transparent öffentlich zugänglich macht, insbesondere die geprüften Verläufe entlang der A 27 und entlang Universitätsallee und Hermann-Heinrich-Meier-Allee.
2. Dabei ist dafür Sorge zu tragen, dass sämtliche alternativen Trassenverläufe, die auf Anwohnerversammlungen und Beiratssitzungen vorgetragen wurden und noch vorgetragen werden, zeitnah, transparent und nachvollziehbar in die Variantenplanungen mit einbezogen werden.
3. Es soll geprüft werden, ob Bohrungen zum Verlegen der Fernwärmeleitung über längere Strecken möglich sind, um die Auswirkungen auf Straßenbaustellen und Bäume zu minimieren.
4. Die Stadtbürgerschaft stellt fest, dass ein geeigneter Abstimmungsprozess der swb AG mit allen betroffenen Akteuren erforderlich ist, der sicherstellt, dass sämtliche eingebrachten Vorwände gegen Trassenvarianten und sämtliche eingebrachten Alternativvorschläge umfassend erörtert und in die weiteren Planungen mit einbezogen werden.
5. Die Stadtbürgerschaft spricht sich dafür aus, dem Baumschutz eine hohe Priorität bei der Trassenauswahl einzuräumen und bei unvermeidbaren Baumfällungen umfangreiche Kompensationsmaßnahmen möglichst ortsnah vorzunehmen.
6. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, im Zuge sämtlicher Baumaßnahmen eine umfassende Baustellenkoordination sicherzustellen, um die Staugefahr möglichst gering zu halten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (federführend) und den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/627 S

Ein Platz der Kinderrechte für Bremen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU und DIE LINKE vom 26. März 2019

(Neufassung der Drucksache [19/930 S](#) vom 27. Februar 2019)

(Drucksache [19/948 S](#))

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, in Abstimmung mit dem Kinderschutzbund und den Trägern öffentlicher Belange eine bereits bestehende Spielplatz- oder Grünfläche für die Ausweisung als „Platz der Kinderrechte“ zu ermitteln, gemeinsam mit dem Kinderschutzbund Sponsoren für einen Leuchtturm der Kinderrechte, eine Informationstafel mit den Kinderrechten sowie die beispielbaren Skulpturen der Kinderrechte zu werben und gemäß der „Grundsätze für Planung, Bau und Unterhaltung von öffentlichen Spielplätzen in der Stadt Bremen“ einen solchen „Platz der Kinderrechte“ zu unterhalten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport (federführend) und den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/628 S

Vorkaufsortsgesetz „Vorderes Woltmershausen“

Mitteilung des Senats vom 12. März 2019

(Drucksache [19/941 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/629 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 36

vom 25. März 2019

(Neufassung der Drucksache [19/934 S](#) vom 15. März 2019)

(Drucksache [19/945 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/630 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Digital geht auch sozial – Freies WLAN für den Stadtteil Gröpelingen
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 21. August 2018
(Drucksache [19/832 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 20. November 2018
(Drucksache [19/876 S](#))
2. Nutzt Bremen die Chancen der autonomen und digital vernetzten Mobilität?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 2. Oktober 2018
(Drucksache [19/852 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 27. November 2018
(Drucksache [19/881 S](#))
3. Zum Nutzen von Umwelt und Verkehr jetzt in die Mobilität der Zukunft einsteigen: Bremen braucht ein intelligentes Verkehrs- und Parkleitsystem
Antrag der Fraktion der FDP
vom 16. Januar 2019
(Drucksache [19/904 S](#))
4. Wiedereröffnung des Brilltunnels ohne Denkverbote prüfen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 9. Oktober 2018
(Drucksache [19/853 S](#))

5. Versorgungslücke und Trägerwettbewerb bei Assistenzkräften in der Inklusion

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 24. Oktober 2018
(Drucksache [19/858 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018
(Drucksache [19/896 S](#))

6. Bremens Altstadt auch abends ins beste Licht rücken

Antrag der Fraktion der CDU
vom 30. Oktober 2018
(Drucksache [19/864 S](#))

7. Kriminalprävention und Stadtentwicklung gemeinsam denken!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 27. November 2018
(Drucksache [19/878 S](#))

8. Lokale erinnerungskulturelle Initiativen in Huchting, Grolland und in der Neustadt unterstützen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 21. Januar 2019
(Neufassung der Drucksache [19/894 S](#) vom 18. Dezember 2018)
(Drucksache [19/906 S](#))

9. Frauenförderung in der Kultur

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 15. Januar 2019
(Drucksache [19/898 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 5. März 2019
(Drucksache [19/932 S](#))

10. Kosmetische Operationen bei intergeschlechtlichen Menschen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 15. Januar 2019
(Drucksache [19/903 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 19. Februar 2019
(Drucksache [19/924 S](#))

11. Energiebericht für die öffentlichen Gebäude der Stadtgemeinde Bremen und die Landesgebäude der Freien Hansestadt Bremen – Bericht für das Jahr 2017 –

Mitteilung des Senats vom 5. Februar 2019
(Drucksache [19/913 S](#))

12. Airport Bremen nach der Germania-Pleite – Investitionen in die Zukunft des Flughafens vorantreiben
Antrag der Fraktion der FDP
vom 14. Februar 2019
(Drucksache [19/918 S](#))
13. Moderne Parkraumkonzepte für moderne Stadtteile
Antrag der Fraktion der FDP
vom 15. Februar 2019
(Drucksache [19/919 S](#))
14. Bessere Gehwege durch Sanierung und Ausbau – weg mit den Stolperfallen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 27. Februar 2019
(Drucksache [19/931 S](#))
15. Mobilität für alle erschwinglich gestalten und Jugendticket für Auszubildende, Freiwillige und Schülerinnen und Schüler ab 18 Jahren vorbereiten
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 12. März 2019
(Drucksache [19/942 S](#))
16. Ortsgesetz über den Ausgleich für das Gemeindesteueraufkommen im stadtbremischen Überseehafengebiet
Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2019
(Drucksache [19/914 S](#))
17. Ortsgesetz über den Ausgleich für das Gemeindesteueraufkommen im stadtbremischen Überseehafengebiet
Bericht und Antrag des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 26. März 2019
(Drucksache [19/946 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 27. März 2019

(Schreiben der Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 28. März 2019)

Nr. 19/1252

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Die Vierte Säule des Programms für den Ein-Personen-Wohnraumbedarf zum Wintersemester 2018/2019 aktivieren – mögliche Konversion von Flüchtlingsunterkünften schnell einleiten

Mitteilung des Senats vom 16. Oktober 2018
(Drucksache [19/1859](#))

2. Personalsituation an Grundschulen

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 4. Februar 2019
(Drucksache [19/2026](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1253

Wahl einer Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt zur Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft die Abgeordnete Antje Grotheer (SPD).

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1254

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Peter Zenner, Lencke Steiner und Fraktion der FDP:

„Justiz am Limit – endlich ausreichend Personal für die Staatsanwaltschaft!“;

2. auf Antrag der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE:

„Lohndiskriminierung endlich beenden – Equal Pay durchsetzen“;

3. auf Antrag der Abgeordneten Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Klimakrise: Die Schülerinnen und Schüler haben's verstanden – konsequenter Klimaschutz jetzt!“

und

4. auf Antrag der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU:

„Scholz-Pläne stoppen – Bund muss weiter Verantwortung für Flüchtlinge übernehmen“.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1255

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 26. März 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Parlamentarische Kontrolle der akustischen Wohnraumüberwachung im Bereich der Strafverfolgung

Mitteilung des Senats vom 19. Februar 2019
(Drucksache [19/2052](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

2. Gesetz zur Anpassung des Gesetzes über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivgutes (Bremisches Archivgesetz - BremArchivG)

Mitteilung des Senats vom 26. Februar 2019

(Drucksache [19/2063](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

3. Gesetz zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Freien Hansestadt Bremen über die Durchführung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz

Mitteilung des Senats vom 12. März 2019

(Drucksache [19/2099](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

4. Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 36

vom 15. März 2019

(Drucksache [19/2076](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

5. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Betreuungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 19. März 2019

(Drucksache [19/2103](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

6. Gesetz zur Ausführung des Pflegeberufgesetzes, der Pflegeberufe-Ausbildungs- und Prüfungsverordnung und der Pflegeberufe-Ausbildungsfinanzierungsverordnung

Mitteilung des Senats vom 19. März 2019

(Drucksache [19/2104](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1256

Gemeinsame beratende Äußerung nach § 88 Abs. 2 LHO zu den Finanzaufweisungen des Landes an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven für die Wahrnehmung von Landesaufgaben

Bericht des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen

vom 18. August 2018

(Drucksache [19/1188](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1257

Gemeinsame beratende Äußerung nach § 88 Abs. 2 LHO zu den Finanzausweisungen des Landes an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven für die Wahrnehmung von Landesaufgaben

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses vom 15. November 2018

(Drucksache [19/1918](#))

Der staatliche Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) einstimmig, den Bemerkungen im Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses beizutreten.

Der staatliche Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) einstimmig den Senat aufzufordern, die Empfehlungen des Rechnungshofs und der Gemeindeprüfung wie in Nummer III Absatz 3 beschrieben, umzusetzen und dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss jährlich über den Sachstand zu berichten.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Finanzen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1258

Gesetz über Finanzausweisungen an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven

Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2019

(Drucksache [19/2034](#))

1. Lesung

(2. Lesung)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz mit den vorgenommenen Änderungen aus der Drucksache [19/2121](#) in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1259

Gesetz über Finanzaufweisungen an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven (Drs. [19/2034](#)) und gemeinsame beratende Äußerung nach § 88 Abs. 2 LHO zu den Finanzaufweisungen des Landes an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven für die Wahrnehmung von Landesaufgaben (Drs. [19/1188](#) und [19/1918](#))

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 26. März 2019

(Drucksache [19/2121](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss jährlich, erstmals im 1. Quartal 2021, über die Erfahrungen bei der Anwendung des Gesetzes über Finanzaufweisungen an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven sowie zum Stand der notwendigen Trennung der Haushalte der Stadt Bremen und des Landes Bremen im Bildungsbereich und im Vermessungs- und Katasterwesen sowie zur Schaffung einer gesetzlichen Erstattungsgrundlage für wahrgenommene Landesaufgaben in den Bereichen Schulaufsicht und Vermessungs-beziehungsweise Katasterwesen zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Finanzen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1260

Die B 212n gemeinsam mit Niedersachsen planen und realisieren

Antrag der Fraktion der CDU
vom 12. Dezember 2018
(Drucksache [19/1966](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1261

Digitalisierung der bremischen Schulen nicht im Sande verlaufen lassen – Lernmanagementsystem „itslearning“ endlich flächendeckend nutzen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 19. Oktober 2018
(Drucksache [19/1867](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1262

Digitale Mündigkeit und digitale Kompetenzen bei der Umsetzung des DigitalPakts verwirklichen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, der CDU, DIE LINKE und der FDP
vom 21. März 2019
(Neufassung der Drucksache [19/1954](#) vom 11. Dezember 2018)
(Drucksache [19/2111](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. bis April 2019 ein Konzept zur Umsetzung des DigitalPakts unter Einbezug der oben genannten Ziele vorzulegen, welches darüber Auskunft gibt, wie die in Aussicht gestellten finanziellen Mittel der Bundesregierung aus dem „DigitalPakt Schule“ und wie die KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ vom Senat dazu genutzt und umgesetzt werden sollen, um die Digitalisierung der Schulen in Bremen und Bremerhaven sowie die dazugehörige

Qualifizierung von Lehrkräften als ständigen Prozess zu befördern und entscheidend zu verbessern;

2. bis April 2019 ein Konzept zur Umsetzung für die curriculare Umsetzung des KMK-Kompetenzmodells unter anderem zur Vermittlung von Medienmündigkeit von Schülerinnen und Schülern sowie Schulen im digitalen Zeitalter vorzulegen;
3. bis zum Beginn des Schuljahres 2019/2020 Fortbildungen und Unterrichtseinheiten zu entwickeln, die folgende Vermittlungsschwerpunkte enthalten sollen:
 - 3.1 Kenntnisse über die Zuordnung und Belastbarkeit digitaler Quellen, Methoden der Überprüfung von deren Inhalten (unter anderem durch Methoden zum Erkennen von sogenannten Fake News),
 - 3.2 Kenntnisse über die Strukturen der digitalen Wirtschaft, ihres weltweiten Einflusses, ihrer Rolle beim Entstehen und der Verbreitung von Informationen, Nachrichten, Trends et cetera,
 - 3.3 Kenntnisse über das Konzept der informationellen Selbstbestimmung und die Rolle der kommerziellen Verwertung persönlicher Daten durch Internetanbieter, Plattformen und verschiedene Formate der digitalen Wirtschaft sowie
 - 3.4 Kenntnisse über die Rolle von direkter und indirekter Werbung in unterschiedlichen Formaten der digitalen Wirtschaft,
 - 3.5 inwiefern außerschulische Akteure (zum Beispiel Stiftungen, Wirtschaft) den Prozess durch Ressourcen, „Know-how“, Erfahrungen und Ideen bereichern können und sollen,
 - 3.6 welche Veränderungen und Ergänzungen dabei der „Lernort Schule“ und der „Arbeitsplatz Klassenzimmer“ erfahren sollen, inwieweit „virtuelle Lernorte“ schulisches Lernen bereichern können und sollen und welche Modellversuche möglichst schnell und über alle auf den Weg gebracht werden können, um schulische „Leuchttürme“ und „Modellklassen“ im Feld der Digitalisierung zu ermöglichen,
 - 3.7 welche Änderungen sich durch die Digitalisierung für Schulsekretariate und -verwaltungen der unterschiedlichen Schulformen und -stufen ergeben und durch welche Schritte und Maßnahmen diese gegebenenfalls umgesetzt werden sollen sowie
 - 3.8 welche Änderungsbedarfe sich aus Sicht des Senats ergeben im Hinblick auf die Anforderungen der Digitalisierung für die Ausstattung der unterschiedlichen Schulformen und -stufen mit digitaler Infrastruktur, Hard- und Software und gegebenenfalls zusätzlich erforderlichem Personal (zum Beispiel Systemadministratoren), durch welche Schritte und

Maßnahmen diese gegebenenfalls umgesetzt werden sollen sowie welche etwaigen Mittelbedarfe hiermit verbunden sind?

4. den Einkauf von digitalen Services in beiden Stadtgemeinden mit den Schulen und Fachkräften kooperativ zu gestalten, um sicherzustellen, dass Schulen weiterhin uneingeschränkt ihre jeweiligen pädagogisch-didaktischen Konzepte realisieren können;
5. darzulegen, wie sichergestellt werden kann, dass es zukünftig keine zusätzliche „digitale Ungerechtigkeit“ durch unterschiedliche Entwicklungsgeschwindigkeiten zwischen Regionen oder Schulen gibt und wie sich die schulinterne und schulexterne Kommunikation (zum Beispiel auch zu Eltern, behördenintern, gegebenenfalls zu Betrieben oder auch in die Stadtteile) gestalten und verändern wird;
6. darzulegen, welche Maßnahmen getroffen werden müssen, um eine überregionale Zusammenarbeit und eine gegenseitige (auch länderübergreifende) Kooperation dauerhaft und möglichst effektiv sicherzustellen;
7. der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung fortlaufend zu berichten wie sichergestellt wird, dass bei umfangreicher Digitalisierung der Schulabläufe schulinterne Daten im erforderlichen Umfang vor Verwendung durch externe Dritte geschützt und ihre Nutzung durch verbindliche schulinterne Verfahren geregelt werden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Kinder und Bildung (federführend) und an den Magistrat der Stadt Bremerhaven zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1263

Laptops für Lehrkräfte – Digitalisierung beginnt im Lehrerzimmer

Antrag der Fraktion der FDP
vom 25. Februar 2019
(Drucksache [19/2060](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1264

DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 – Verwaltungsvereinbarung von Bund und Ländern

Mitteilung des Senats vom 26. März 2019

(Drucksache [19/2124](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 28. März 2019

(Schreiben der Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 29. März 2019)

Nr. 19/1265

Fragestunde

1. Seute Deern – Maritimes Wahrzeichen mit Schlagseite
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 21. Februar 2019
2. Sportliche Fitness im Polizeidienst
Anfrage der Abgeordneten Peter Zenner, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 21. Februar 2019
3. App zur Gewinnung von Lehrkräften im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 21. Februar 2019
4. Evaluation des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG)
Anfrage der Abgeordneten Sybille Bösch, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 21. Februar 2019
5. Barrierefreie Zugänge und Aufenthalte in Kultur- und Veranstaltungseinrichtungen für Rollstuhlnutzer und -nutzerinnen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 22. Februar 2019
6. Auslaufende Sozialbindungen für Wohnungen im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 28. Februar 2019
7. Qualifizierungsangebot am Landesinstitut für Schule (LIS) für Master-Studierende (M.Ed.), die an Bremer Schulen arbeiten

Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE
vom 28. Februar 2019

8. Bezahlung und Eingruppierung der Tarifbeschäftigten bei der
Polizei

Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE
vom 28. Februar 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats
Kenntnis.

9. Bearbeitungsstau bei Wohngeldanträgen im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und
Fraktion DIE LINKE vom 28. Februar 2019

10. Verfahrensstand „ABI/GFGM“ Bremerhaven

Anfrage der Abgeordneten Nelson Janßen, Kristina Vogt und
Fraktion DIE LINKE vom 28. Februar 2019

11. Personalbedarf zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. März 2019

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der
Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich
beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1266

Viertes Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. März 2019

(Drucksache [19/2106](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1267

Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich übernehmen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 7. März 2019
(Drucksache [19/2096](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1268

Strategien gegen Übergewicht, Adipositas und Diabetes durch zu viel Zucker in der Ernährung

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 26. September 2018
(Drucksache [19/1847](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 6. November 2018
(Drucksache [19/1897](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1269

Cybersicherheit in Bremen

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 27. November 2018
(Drucksache [19/1932](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2019
(Drucksache [19/1993](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1270

Gleichstellungspolitik in Bremen – Strategie oder Ignoranz?

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 8. November 2018
(Drucksache [19/1906](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 8. Januar 2019
(Drucksache [19/1989](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1271

Zivilgesellschaftliche Traditionen und demokratisch verfasstes Gemeinwesen bei der Eiswettteilnahme Bremer Repräsentanten zum Ausgleich bringen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 7. Februar 2019
(Drucksache [19/2032](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass die männlichen Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft und des Senats sowie weitere Repräsentanten der bremischen Verwaltung und Gesellschaften nicht mehr am Bremer Eiswettfest teilnehmen, bis die Bremer Eiswette den Ausschluss von Frauen als Repräsentantinnen Bremens aufhebt.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1272

Die Zeit ist um – Bremen muss von Schaffermahl und Eiswette Abstand gewinnen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 19. Februar 2019
(Drucksache [19/2050](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1273

5. Fortschrittsbericht zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Bremischen Verwaltung

Mitteilung des Senats vom 3. Juli 2018
(Drucksache [19/1742](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1274

5. Fortschrittsbericht zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Bremischen Verwaltung

Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau
vom 14. Februar 2019
(Drucksache [19/2044](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1275

21. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau

Mitteilung des Senats vom 13. November 2018

(Drucksache [19/1910](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1276

21. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau

Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau vom 11. März 2019

(Drucksache [19/2097](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1277

7. Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Häusliche Beziehungsgewalt“

Mitteilung des Senats vom 8. Januar 2019

(Drucksache [19/1988](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1278

7. Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Häusliche Beziehungsgewalt“

Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau vom 22. März 2019

(Drucksache [19/2113](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1279

Istanbul-Konvention konsequent umsetzen – Mädchen und Frauen vor Gewalt schützen – Bremisches Maßnahmenprogramm auf den Weg bringen

Antrag der Fraktionen der FDP, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 26. März 2019

(Neufassung der Drucksache [19/2101](#) vom 14. März 2019)

(Drucksache [19/2126](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:
 - a) Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist eine Menschenrechtsverletzung. Mit dem Inkrafttreten der Istanbul-Konvention am 1. Februar 2018 ist auch Bremen verpflichtet, umfassende Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt zu ergreifen und eine bedarfsgerechte Frauenhilfeinfrastruktur zu gewährleisten.
 - b) Mit einem Landesaktionsplan würde Bremen über eine umfassende Gesamtstrategie verfügen. Dies bildet die Grundlage für die fortwährende Weiterentwicklung der Frauenhilfeinfrastruktur, insbesondere im Hinblick auf bestehende Versorgungsprobleme.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,
 - a) einen Landesaktionsplan im Sinne einer konsequenten Umsetzung der Istanbul-Konvention zu entwickeln und umzusetzen;
 - b) zu prüfen, ob, inwieweit und in welcher Form eine unabhängige Koordinierungs- und Monitoringstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Bremen eingerichtet werden sollte;
 - c) Maßnahmen zu ergreifen, die insbesondere die barrierefreie Zugänglichkeit der Frauenhilfeinfrastruktur und Informationen zu Gewaltschutz und Gewaltprävention sowie den Gewaltschutz in Einrichtungen der Behindertenhilfe gewährleisten;
 - d) zu prüfen, ob und inwieweit eine vertrauliche rechtsmedizinische Spurensicherung für Opfer von häuslicher und Beziehungsgewalt ermöglicht werden könnte und

gegebenenfalls ein entsprechendes inhaltliches und finanzielles Konzept zu erarbeiten;

- e) der Bürgerschaft (Landtag) regelmäßig über den Stand der Umsetzung der Istanbul-Konvention in Bremen zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport (federführend) und die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1280

Pflegenotstand verhindern – Personalbemessung und Ausbildungsinitiative jetzt!

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 26. März 2019

(Neufassung der Drucksache [19/1850](#) vom 27. September 2018)

(Drucksache [19/2122](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1281

Gesetz zur Änderung der Bremischen Landesverfassung

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP

vom 25. März 2019

(Drucksache [19/2116](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den nicht ständigen Ausschuss gemäß Artikel 125 Absatz 2 der Landesverfassung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1282

Einsetzung eines nicht ständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des nicht ständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 Absatz 2 der Landesverfassung - Gesetz zur Änderung der Bremischen Landesverfassung:

Mitglieder

Stellvertreterinnen/Stellvertreter

Böschen, Sybille (SPD) Grotheer, Antje (SPD)

Tschöpe, Björn (SPD) Schildt, Frank (SPD)

Fecker, Björn Görgü-Philipp, Sahhanim
(Bündnis 90/Die Grünen) (Bündnis 90/Die Grünen)

Röwekamp, Thomas (CDU) Imhoff, Frank (CDU)

Vogt, Kristina (DIE LINKE) Rupp, Klaus-Rainer (DIE LINKE)

Dr. Buhlert, Magnus (FDP) . / .

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1283

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP

vom 25. März 2019

(Drucksache [19/2117](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1284

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft (Bremisches Abgeordnetengesetz)

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP

vom 25. März 2019

(Drucksache [19/2118](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1285

Neufassung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP

vom 25. März 2019

(Drucksache [19/2119](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Bekanntmachung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft und deren Verkündung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1286

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten und des Heilberufsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 19. Februar 2019

(Drucksache [19/2051](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1287

Gesetz zur Änderung des Bremischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 26. Februar 2019

(Drucksache [19/2064](#))

1. Lesung

2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 26. März 2019

(Drucksache [19/2125](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1288

Gesetz zur fortlaufenden Untersuchung der Kriminalitätslage und ergänzenden Auswertung der polizeilichen Kriminalitätsstatistik im Land Bremen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 27. November 2018

(Drucksache [19/1929](#))

2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 19. März 2019

(Drucksache [19/2107](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1289

Gesetz zur fortlaufenden Untersuchung der Kriminalitätslage und ergänzenden Auswertung der polizeilichen Kriminalitätsstatistik im Land Bremen

Bericht und Änderungsantrag der staatlichen Deputation für Inneres
vom 6. März 2019

(Drucksache [19/2072](#))

Der Änderungsantrag ist mit der Zustimmung zum Änderungsantrag aus der Drucksache [19/2107](#) erledigt.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Inneres Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bremisches Landes-Carsharinggesetz (BremLCsgG)

Mitteilung des Senats vom 12. März 2019

(Drucksache [19/2098](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1290

19. Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 19. März 2019

(Drucksache [19/2102](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1291

**Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften zur
Anpassung an die Datenschutz-Grundverordnung sowie zur
Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften**

Mitteilung des Senats vom 22. Januar 2019

(Drucksache [19/2005](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz mit den vorgenommenen Änderungen aus der Drucksache [19/2112](#) in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1292

**Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften zur
Anpassung an die Datenschutz-Grundverordnung sowie zur
Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften**

Bericht und Änderungsantrag des Verfassungs- und
Geschäftsordnungsausschusses

vom 22. März 2019

(Drucksache [19/2112](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1293

Gesetz zur Änderung des Bremischen Verfassungsschutzgesetzes und des Bremischen Polizeigesetzes

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE
LINKE und der FDP
vom 26. März 2019
(Drucksache [19/2120](#))

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und
zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur
Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen
Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1294

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Niedrigere Baukosten schaffen mehr Wohnraum! – Niederlande
zum Vorbild nehmen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 26. Februar 2019
(Neufassung der Drucksache [19/1877](#) vom 23. Oktober 2018)
(Drucksache [19/2061](#))
2. Wohnungsbauaktivitäten verstärken und einer wachsenden Stadt
anpassen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. Juni 2017
(Drucksache [19/1099](#))
3. Wohnungsbauaktivitäten verstärken und einer wachsenden Stadt
anpassen
Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,
Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft
vom 5. Dezember 2018
(Drucksache [19/1948](#))
4. Dringend benötigten zusätzlichen Wohnraum durch
Dachaufstockungen schaffen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 9. Januar 2019
(Drucksache [19/1992](#))

5. Erasmus-Aktive im Land Bremen effektiv unterstützen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der FDP
vom 22. Januar 2019
(Neufassung der Drucksache [19/1879](#) vom 23. Oktober 2018)
(Drucksache [19/2012](#))

6. Vertrauliche rechtsmedizinische Begutachtung für Opfer von Gewalt

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 24. Oktober 2018
(Drucksache [19/1883](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 4. Dezember 2018
(Drucksache [19/1943](#))

7. Von Dortmund lernen und die Potenziale von Freier Software im Land Bremen systematisch untersuchen

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 6. November 2018
(Drucksache [19/1894](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2018
(Drucksache [19/1956](#))

8. Eine „Europäische Universität“ in Bremen?

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 6. November 2018
(Drucksache [19/1903](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2018
(Drucksache [19/1957](#))

9. 100 Jahre Novemberrevolution: Startschuss für Demokratie, Frauenwahlrecht und Mitbestimmung

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 6. November 2018
(Drucksache [19/1904](#))

10. Ambulante Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Krankenversicherung

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 8. November 2018
(Drucksache [19/1908](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018
(Drucksache [19/1978](#))

11. Besuche in Gedenkstätten für alle Schulklassen ermöglichen
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der FDP und Bündnis 90/Die Grünen
vom 26. März 2019
(Neufassung der Drucksachen 19/1909 und 19/2073)
(Drucksache [19/2127](#))

12. Umsetzung des neuen Gesamtplanverfahrens der Eingliederungshilfe im Bereich der Erwachsenenpsychiatrie im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 14. November 2018
(Drucksache [19/1917](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 29. Januar 2019
(Drucksache [19/2019](#))

13. Inklusive Kulturpolitik in Bremen – wo stehen wir im Jahr 2018?
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 20. November 2018
(Drucksache [19/1920](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 29. Januar 2019
(Drucksache [19/2020](#))

14. Menschenhandel und Zwangsprostitution – Wie stellt sich die Situation im Land Bremen dar?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 27. November 2018
(Drucksache [19/1928](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 22. Januar 2019
(Drucksache [19/2007](#))

15. Entwicklung von Altersarmut im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 4. Dezember 2018
(Drucksache [19/1944](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 19. Februar 2019
(Drucksache [19/2053](#))

16. Konzept „Für mehr sichere Schwimmerinnen und Schwimmer im Land Bremen“

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 5. Dezember 2018
(Drucksache [19/1947](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 29. Januar 2019
(Drucksache [19/2021](#))

17. Unterschrift unter dem Migrationspakt zurückziehen

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 11. Dezember 2018
(Drucksache [19/1963](#))

18. Repräsentative Demokratie attraktiver gestalten

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 11. Dezember 2018
(Drucksache [19/1964](#))

19. Gesellschaftliche Integration durch Beflaggung auf Schulhöfen mit der Bundesflagge

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 13. Dezember 2018
(Drucksache [19/1967](#))

20. Arbeitsbedingungen für die Heilmittelerbringer verbessern – wichtige Gesundheitsberufe stärken!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. August 2018
(Drucksache [19/1796](#))

21. Arbeitsbedingungen für die Heilmittelerbringer verbessern – wichtige Gesundheitsberufe stärken!

Bericht der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz
vom 13. Dezember 2018
(Drucksache [19/1968](#))

22. Stand der Digitalisierung in Bremens öffentlicher Verwaltung

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 18. Dezember 2018
(Drucksache [19/1970](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2019
(Drucksache [19/2037](#))

23. Keine gestufte und gesteuerte Versorgung durch das Termin- und Versorgungsgesetz – zusätzliche Hürden für psychisch kranke Menschen verhindern!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 18. Dezember 2018
(Drucksache [19/1983](#))

24. Rechte von Menschen mit psychischen Erkrankungen in öffentlich-rechtlicher Unterbringung stärken

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 16. Januar 2019
(Drucksache [19/1999](#))

25. Bericht der Besuchskommission für den Zeitraum Mai 2016 bis April 2018 nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG)

Mitteilung des Senats vom 5. Februar 2019
(Drucksache [19/2030](#))

26. Polizei endlich in das 21. Jahrhundert führen – Flächendeckende Ausstattung mit Smartphones und Tablets

Antrag der Fraktion der FDP
vom 18. Januar 2019
(Drucksache [19/2002](#))

27. Vermögensabschöpfung im Jugendstrafrecht

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. Januar 2019
(Drucksache [19/2013](#))

28. Bremerhaven braucht die Hafенrandstraße!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 18. Februar 2019
(Drucksache [19/2046](#))

29. Bremen braucht eine Digitale Agenda für die öffentliche Verwaltung

Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. Januar 2018
(Drucksache [19/1475](#))

30. Bremen braucht eine Digitale Agenda für die öffentliche Verwaltung

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien,
Datenschutz und Informationsfreiheit
vom 21. Februar 2019
(Drucksache [19/2057](#))

31. Trend zu immer mehr Einweggetränkeverpackungen stoppen –
Das Mehrwegsystem stärken

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 18. Oktober 2018
(Drucksache [19/1866](#))

32. Trend zu immer mehr Einweggetränkeverpackungen stoppen –
Das Mehrwegsystem stärken

Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,
Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft
vom 25. Februar 2019
(Drucksache [19/2058](#))

33. Digitales Planen und Bauen auch in Bremen umsetzen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. August 2017
(Drucksache [19/1168](#))

34. Digitales Planen und Bauen auch in Bremen umsetzen

Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,
Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft
vom 25. Februar 2019
(Drucksache [19/2059](#))

35. Familienfreundliches Bremen – mehr Bauland für
Einfamilienhäuser schaffen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 4. März 2019
(Drucksache [19/2069](#))

36. Konzept zur Hebung der Einstiegsämter der Primar- und Sek. I-
Lehrkräfte von A 12 auf A 13

Mitteilung des Senats vom 12. März 2019
(Drucksache [19/2100](#))

37. Zwangsräumungen verhindern – Obdachlosigkeit vermeiden!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 19. März 2019
(Drucksache [19/2105](#))

38. Vertrauliche rechtsmedizinische Begutachtung auch für Opfer
von Gewaltstraftaten einführen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 20. März 2019
(Drucksache [19/2109](#))

39. Zugang zu assistierter Reproduktionsmedizin endlich erleichtern!

Antrag der Fraktion der FDP

vom 20. März 2019

(Drucksache [19/2110](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.